

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt 2110 Nr. 6488

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags • Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
postreueausgabe Nr. 3164

Inhalt: Soziale Kriegshilfe. — Die sozialpolitischen Errungen-
schaften der Kriegszeit und die sich daraus ergebenden Folgerungen. —
Weshalb man uns im Ausland nicht recht versteht. — Aus unserer
Bewegung. — Wochenbericht vom Krieg. — Kriegsbriefe. — Notizen
für Gasarbeiter. — Rundschau. — Totenliste des Verbandes.

Soziale Kriegshilfe.

Von sachkundiger und wohl informierter Seite wird der Ar-
beiterpresse geschrieben:

Zu dem Nachtrag von 5 Milliarden, den der Reichstag
am 2. Dezember verabschiedet hat, befindet sich eine Summe
von 200 Millionen, die bestimmten Zwecken sozialer Hilfs-
bereitschaft zur Verfügung gestellt werden soll. Und zwar
handelt es sich um eine Wohnbeihilfe für die Ehefrauen der
Kriegsteilnehmer, um einen Zuschuß an nicht leistungsfähige
Gemeinden für Gewährung einer Arbeitslosenunterstützung
und Zuschüsse zu den Unterhaltungen für Angehörige der
Kriegsteilnehmer.

Es sind damit einige der dringendsten Anforderungen
auf dem Gebiet sozialer Hilfsbereitschaft erfüllt, leider nicht
in der Vollkommenheit, wie es in wiederholten Verhandlungen
mit dem Reichsamt des Innern von den Vertretern der
sozialdemokratischen Partei und der Generalkommission der
Gewerkschaften gefordert wurde. Es mag jedoch anerkannt
werden, daß immerhin der Versuch unternommen wird, mehr
zu leisten und weiter auszuholen in sozialer Fürsorge als es
bisher gelang. Der grundlegende Fehler ist, daß die Lasten,
die der Krieg für das Unterstützungsweien fordert, zu einem
erheblichen Teile den Gemeinden auferlegt werden. Die Lei-
stungsfähigkeit der Gemeinden ist aber so verschieden, daß sie
als Träger der Unterstützungen gar nicht in Betracht kommen
sollten.

Wie begründet diese Auffassung ist, ergibt sich aus einer
durch die Generalkommission der Gewerkschaften bei 605 Ge-
meinden unternommenen Umfrage. Durch diese Umfrage ist
festgestellt, daß Arbeitslosenunterstützung nur von 257 Ge-
meinden bezahlt wurde. Darnach befanden sich 92 Gemein-
den, die nur Naturalien, Mietzuschuß oder gelegentliche Unter-
stützungen gewährten, während 165 Gemeinden regelrechte
Wohnunterstützungen zahlten. Es sind also 318 Stadtae-
menden, die keine Unterstützung zahlen, darunter Großstädte,
die auch finanziell leistungsfähig wären. Für die Angehörigen
der Kriegsteilnehmer zahlten nur 196 Gemeinden Zu-
schüsse zu den Unterhaltungsbeiträgen aus Staatsmitteln.
Daranter befinden sich 62 Gemeinden, die nur Mietzuschüsse,
Naturalien oder gelegentliche Unterstützungen in besonderen

Notfällen gewährten. Die Umfrage ergibt, daß große Ge-
meinden regelmäßige Zuschüsse ablehnten. Diese Unbereitschaft
in der Behandlung der Hilfsbedürftigen birgt in sich eine
große Ungerechtigkeit. Dem soll nun zunächst durch die im
dem Etat bereitgestellten Mittel abgeholfen werden, wobei
allerdings nicht zu verkennen ist, daß die ausgeworfene
Summe wahrscheinlich sehr schnell aufgebraucht sein wird.

Wir haben bei den Erörterungen an zuständiger Stelle
wiederholt hervorgehoben, daß die Unterhaltungen für die
Angehörigen der Kriegsteilnehmer, soweit sie von Reichs fest-
gesetzt sind, im Betrage von monatlich 9 resp. 12 Mk. für die
Frau und 6 Mk. für das Kind ungenügend sind. Wir ver-
kennen nicht, daß die ausgeworfenen Summen gewaltige Ver-
träge ausmachen, aber schließlich wird man bei diesen Mil-
liardenbeträgen auf die Verwendung selbst erheblicher Beträge
für ein so wertvolles sozialpolitisches Hilfswert im Kriege nicht
versichten können.

Das Gesetz, das die Unterhaltungen der Angehörigen der
Kriegsteilnehmer regelt, hat einige Ergänzungen erfahren,
die geeignet sind, Mißstände zu beseitigen, auf die wir wieder-
holt hingewiesen haben. Es besteht kein Zweifel darüber, daß
von der Reichsregierung die enge Begrenzung, die leider ver-
schiedene Gemeinden bei der Prüfung der Frage, ob jemand
bedürftig ist, die Unterstützung zu empfangen, nicht billigt.
Schon in den Motiven des Gesetzes ist darauf hingewiesen, daß
nicht etwa die Grundsätze der Armenpflege in Anwendung
kommen sollen. Ebenso ist die Anrechnung der Unterstützungen
von Privaten oder Vereinen, soweit die Staatsunter-
stützung in Frage kommt, durchwegs unzulässig. Auch die
Gemeinden sollen in ihrer Gewährung des Zuschusses nicht
von dem engherzigen Gesichtspunkt ausgehen, daß kleine, un-
bedeutende Zuwendungen vom Arbeitgeber oder von Ver-
einen sie von der Pflicht befreien, Zuschüsse zu gewähren.

Zu einer sehr bedrängten Lage sind diejenigen gekommen,
die sich im Ausland befanden und denen die Mutter nicht
möglich war. Es handelt sich sowohl um Personen, die nur
vorübergehend im Ausland Beschäftigung nehmen und deren
Angehörige sich in Deutschland befinden, wie auch um Per-
sonen, die längere Zeit mit ihrer Familie im Ausland waren,
deren Frauen und Kindern die Mutter gestattet ist während
der Kriegszeit in Gefangenschaft zurückbehalten wird. In allen
diesen Fällen wurde bisher den Familien keine Unterstützung
gewährt, man verwies sie auf die Armenfürsorge. Nunmehr
wird ersiehend unserer Meinung der Angehörigen solcher
Personen, die sich im Alter von 18 bis 15 Jahren befanden
und im Ausland zurückbehalten werden, eine Unterstützung
gewährt, wie den Angehörigen der Kriegsteilnehmer.

Ein weiterer Uebelstand machte sich dann geltend, wenn die Familie ihren bisherigen Wohnsitz wechselte. Sie erhielt dann die Unterstützung von der bisherigen Wohngemeinde nicht mehr weiter. Münstig sollen die bisherigen Wohngemeinden die Unterstützungen auch an diejenigen, die z. B. in eine Landgemeinde ziehen, um dort billiger ihren Lebensunterhalt zu gestalten, weiterzahlen. Es ist dann eine Lücke in dem Gesetz ausgefüllt, die es nach der neuen Fassung nunmehr gestattet, daß Zirkelstern, Zirkelstern und Zirkelstern, ebenso die in die Ehe eingebrachten Minder der Ehefrau die gleichen Ansprüche erheben können wie die anderen Familienangehörigen. Eine gleiche Aenderung wird wahrscheinlich auch in den Militärrentengesetzen eingeführt. Sodann wird dahin Vorsorge getroffen, daß, wenn der Kriegsteilnehmer stirbt, die Unterstützung so lange fortgesetzt wird, bis die Rente für die Hinterbliebenen festgesetzt ist. Die gewährten Unterstützungen dürfen nicht gegen Rentenbeiträge anzurechnen werden.

Mit der längeren Dauer des Krieges wird dem Anwachsen der Mietschuld für alle diejenigen, die unter der Unbill der Verhältnisse zu leiden haben, mit immer größerer Sorge entgegenzusehen. Einige Gemeinden haben hier Unterstützungen bewilligt, aber die Wirkung genügt nicht. Es muß verhindert werden, daß die Mietschuld sich so anhäuft, daß sie nach dem Kriege jahrelang den Familien schwere Zahlungsbemühungen auferlegt. Wir haben empfohlen, die Lasten nicht allein dem Hausbesitzer aufzubürden, sondern auch dem Durchschnittsbesitzer und der Gemeinde. Die Verteilung der Lasten muß so geschehen, daß alle, auch die, die keinen Mietaufschlag haben, ihren Anteil in einer Solidarhaftung tragen. Die Regierung hat die Errichtung von Mietminderungsämtern, die wir sehr nachdrücklich empfohlen haben, durch Verordnung herbeigeführt. Allerdings zu den weitergehenden Plänen verhält man sich ablehnend, aber auf die Dauer wird sich der Widerstand nicht aufrechterhalten lassen.

Ein anderer großer Unterstützungsbedarf, dessen Ausgestaltung außerordentlich notwendig geworden ist, betrifft die Arbeitslosenfürsorge. Nach zwei Richtungen müssen hier die Bemühungen eingelenkt. Einmal um Arbeitsgelegenheit zu beschaffen, sowie die vorhandene Arbeit möglichst so einzuteilen, daß eine große Anzahl von Arbeitskräften in Anspruch genommen werden kann; dann aber muß für diejenigen, die arbeitslos werden, die Unterstützung eingreifen. Gerade auf letzterem Gebiet ist die Fürsorge recht mangelhaft und ungleichmäßig organisiert. Die beste Lösung wäre auch hier eine allgemeine staatliche Unterstützung, nicht aber die Ueberbürdung der Lasten allein auf die Schultern der Gemeinden. Zudem, man wird machen müssen, daß gegenwärtig die Schaffung einer Organisation für Arbeitslosenversicherung große Schwierigkeiten bereitet, so daß zu vorübergehenden Hilfsmitteln Zuflucht genommen werden mußte. Hier wird infolge der 200-Millionen-Fonds helfen, als er auch denjenigen Gemeinden es nunmehr möglich macht, Arbeitslosenunterstützung zu gewähren, die es bisher ablehnten, weil sie Mittel dafür nicht aufwenden konnten. Außerdem haben die Landes- und einige Bundesstaaten Mittel für diesen Zweck bereitgestellt.

Den Gemeinden wird empfohlen werden, wie das bisher auch schon geschehen ist, daß sie bei diesen Unterstützungen einrichtungen sich der Hilfe der Gewerkschaften bedienen. Das soll natürlich nicht in der Weise geschehen, wie es leider einige Gemeinden beliebt haben, daß die Unterstützungen der Gewerkschaften anzurechnen werden, sondern es sollen die Gewerkschaften auf funktionierender Gewerkschaften,

um die Arbeitslosigkeit festzustellen, mitbenutzt werden. Die Gewerkschaften sind eventuell bereit, einen Teil ihrer Unterstützungsbeiträge aufrechnen zu lassen. Ungerecht wäre es aber, die organisierten Arbeiter gleichzustellen mit den unorganisierten. Denn derjenige, der seine Beiträge für die Stärkung der Unterstützungsfonds in der Gewerkschaft geleistet hat, hat in Zeiten der Not auch einen Anspruch auf die Mittel, die die Gewerkschaft ihm bietet; nicht daß die Gewerkschaften, die somit sich seitens der Gemeindeverwaltungen nicht gerade besonderen Wohlwollens erfreuten, jetzt mit ihrer Unterstützung zur Entlastung der Gemeinden beitragen.

Die Gewerkschaften haben in den ersten drei Monaten des Krieges rund 12½ Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung und rund 3 Millionen für die Familien der zum Meer Eingezogenen ausgegeben. Sie wollen aber mit gutem Recht diese Anwendungen als besondere Zuwendungen ihren Mitgliedern sichern. Wenn trotzdem einige Gemeinden einen so großen Mangel an sozialer Einsicht bekunden, so wird kein anderer Weg übrigbleiben, als in solchen Fällen die Unterstützungen der Gewerkschaften aufzuheben, damit den Gemeinden die volle Last auferlegt wird.

Die im Nachtragsgesetz erwähnte Wohnraumnot ist durch Bundesratsverordnung vom 3. Dezember zur Einführung gelangt. Bei den Bestimmungen im Reichsamt des Innern ist von unseren Vertretern diese Einrichtung lebhaft befürwortet und insbesondere auf das von Professor Mayer seinerzeit in der Gesellschaft für soziale Medizin erörterte Projekt hingewiesen worden. Die Bundesratsverordnung trifft leider nicht das, was unsere Vertreter wünschten. Sie beschränkt den Kreis der der Fürsorge Unterworfenen auf die Angehörigen der Kriegsteilnehmer, soweit diese verheiratet waren. Sie läßt leider die große Zahl der Arbeitslosen, die der Veränderung nicht unterstellt sind, außer Betracht. Es wäre dringend notwendig gewesen, im Hinblick auf die sehr dürftigen Verhältnisse, die in zahlreichen Familien eingefallen, allen hilfsbedürftigen Wöchnerinnen die Mittel zur die notwendige Schonung zu gewähren. Die Unterstützung ist nach der Bundesratsverordnung so gestaltet, daß die Wöchnerin einen einmaligen Betrag zu den Kosten der Einbindung von 25 Mk. erhält und ein Wochenlohn von 1 Mk. täglich während 8 Wochen. Ferner soll eine Beihilfe bis zum Betrag von 10 Mk. für Hebammenkosten und ärztliche Hilfe gewährt werden, und solange das Neugeborene am Leben wird, ein Stillgeld in Höhe von 50 Pf. bis zum Ablauf der 12. Woche nach der Niederkunft. Die Kosten für diese Fürsorge fallen dem Reich zur Last; die Krankenkassen, die die Unterstützung auszahlen sollen, werden sie von dort zurückerstattet erhalten.

Es sind somit im Nachtragsgesetz einige bedeutsame soziale Anforderungen erfüllt, wenn auch noch keine allumfassend befriedigende Lösung erzielt ist. Aber die Regierung wird sich der Einsicht nicht verschließen können, daß der Ernst der Zeit auch im Innern des Landes Maßstab stellt, denen gegenüber die alte Abneigung gegen weit aussehende sozialpolitische Pläne nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Es handelt sich für die Nation in ihrem inneren Kern um eine Frage der inneren Festigkeit, der Zügelung des Wirtschaftslebens und der, wenn auch beiderseitigen, Erhaltung der armeren Volksschichten. Hier zögernd den wichtigsten Aufgaben gegenüberzutreten, heißt in dieser inneren Krise die Widerstandsfähigkeit des Volkes schwächen.

Die sozialpolitischen Errungenschaften der Kriegszeit und die sich daraus ergebenden Folgerungen.

Bei einer Versammlung Berliner Gewerkschaftsfunktionäre sprach am 12. Januar 1915 Herr Dr. Hugo Heine mann über das vorstehende Thema. Wir geben die interessanten Ausführungen nachstehend im Auszuge wieder.

Es ist ja nicht auf die sozialpolitischen Errungenschaften in den während der Kriegszeit erlassenen Gesetzen und Verordnungen zu sprechen kommt, kann er haben sein, daß ihm sofort die Einwendung entgegengebragt wird, daß diese Maßnahmen nur getroffen seien aus der Not der Zeit heraus, und daß sie verstanden werden, sobald diese Zeit vorbei ist. Dann würden die Kämpfe zwischen Arbeitern und Unternehmern mit ungeminderter Heftigkeit wieder losbrechen. Dies ist bis zu einem gewissen Grade richtig, aber inwieweit auch so selbstverständlich, daß es abgesehen davon, immer wieder darauf zurückzukommen. Wir wissen alle, daß niemals eine Errungenschaft gemacht wurde und gemacht werden konnte, die nicht in politischen, insbesondere in wirtschaftlichen Momenten ihren Grund hat, und wir können das Alle der internationalen Geschichte bestätigen.

Der Redner erörterte sodann den Rechtszustand vor dem Krieg. Er wies nach, daß zu dieser Zeit das Koalitionsrecht fehlte und die Grenzen der Gewerkschaften auf dem Spiele standen, daß insbesondere der für und fertig vorhandene Strafgesetzentwurf das sozialpolitisch bedenkliche Gesetzgebungsrecht gestrichelt ist, das jemals die deutsche Gesetzgebung bekräftigt hat. Es übertrifft sogar an Gefährlichkeit die Justizverordnungen. Wäre der Entwurf der gesetzgebenden Räte vorgelegt, gleichviel, ob er angenommen oder abgelehnt wäre, so würde es auf Jahrzehnte mit dem inneren Frieden verfahren sein. Dieses Wort ist gewalttätig so unheilvoll, vollkommene so heimlich und heimlich, daß es die Nation unheilbar in zwei Lager gespalten hätte. Wir können uns nur freuen, daß wir in diesen Tagen gelebt haben, das habe ich für immer aus dem Gedächtnis der Nation verdrängen. Es wäre jedoch unangenehm und demagogisch, wenn man behaupten wollte, daß der Strafgesetzentwurf eine nur gegen Arbeiterkoalitionen gerichtet wäre und daß unter der Anwaltschaft hätte helfen sollen. Der Entwurf und mit ihm weit verbreitete Rechtsmaßnahmen vor dem Krieges proper verhalten dahin, daß der Koalitionsgedanke (die Stellvertreterheiten, die durch einen organisierten Gemeinwillen getragener Vereinigungen überhaupt als körpereigener Willens- und Handlungsgeist zu bekämpfen seien.

Wir sehen in der Geschichte des gesellschaftlichen Lebens einen ewigen Wechsel zwischen Freiheit und Bindung, Individualismus und Sozialismus, Wandelbarkeit und ständlicher Zwangsgewalt.

Wir sehen nun nur einmal einen Moment der Entdeckerung der letzten 10 Jahre. Unmittelbar nach Gründung des Deutschen Reiches ist die Paradoxie, um sich in dem neuen Reichsaufbau möglichst einzufügen, die fünf ersten Schranken nieder: Handels-, Gewerbe-, Vertriebs- und Steuerbefreiungen wurden eingeführt. Der Staat sollte lediglich darüber wachen, daß die formale Rechtsarbeit und Rechtschaffenheit nicht angetastet würden. In der nächsten Zeit der Verträge wurde er sich nicht einmischen. Das ganze Individuum allein sollte sich um die Sicherung des „Wohlfühlens“ sorgen. Die Staatsgewalt sollte sich um die allgemeine Staatsverwaltung, der Staatsgewalt empörten sich gegen die durch die herrschende Klasse herangerufenen Kämpfe eher gegen alle. Man forderte die Sicherung der Verantwortlichkeitspflicht des einzelnen gegen den Staat und gegen die durch die plebeischen Interessen miteinander verbundenen.

Der Herr Herr hat bei dem Krieg macht nun die Sinne eine neue Sammlung. Der einzelne fühlt sich durch die vielen vom Staat ihm auferlegten Beschränkungen, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, bedrückt, er verlangt nach Erleichterung und Verbesserung. Der Herr der Herr wird wieder auf den Gedanken kommen, daß die Rechtsmaßnahmen überdies nur vor dem

Krieg weite und einflussreiche Kreise. Als Beispiel sei nur hingewiesen auf das abstoßende, von tatsächlichen Unrichtigkeiten irreführende Buch des Professors Werberhard mit seiner Behauptung von der Verweidung, die die soziale Gesetzgebung auf das deutsche Volk ausgeübt habe, indem sie Verantwortlichkeitsgefühl und Energie des Individuums geschwächt habe.

Unter solchen Rechtsmaßnahmen aber mußten die Arbeiterkoalitionen, deren Lebenselement Disziplin, Solidarität, Ordnung, Zusammenhalt ist, am meisten leiden. Diese können es nicht ertragen, daß Ansichten zur Geltung kommen, wie sie sich aus individualistischer Grundsatz im Strafaciententwurf finden, z. B. in der Erweiterung des Begriffs der Mötigung, der Einführung des ganz neuen Begriffs der Friedensgefährdung. Dieser hätte nicht den Frieden des einzelnen geschützt, sondern den Frieden der gesamten Nation nicht nur gefährdet, vielmehr vernichtet.

Wären in diese individualistische Entwicklung Platte nur der Krieg hinein, jenes Ereignis, in dem Selbsthuld und Egoismus als Verbrechen angesehen werden, in dem Sozialmoral, Solidarität, Hingabe an die Allgemeinheit gelten, -- also Eigenschaften, die das Wesen der auf dem Grundsatz: „Einer für alle, alle für einen“ ruhenden Arbeiterorganisationen ausmachen. Damit mußte mit einem Schlag die Wertung und Stellung der Gewerkschaften im öffentlichen Leben eine andere werden. Diese wurden gleichsam mit öffentlich-rechtlichen Funktionen betraut, sie wurden zu unentgeltlichen Mitgliedern des Staates. Dies zeigte sich sofort nach Ausbruch des Krieges bei der Regelung der Arbeitsvermittlung, insbesondere zur Einbringung der Ernte und weiter bei der Organisation der Arbeitlosenfürsorge. Als Reich, Staat und Gemeinden diesen schwierigen Problemen sich gegenüberstanden, waren die Arbeiterorganisationen dank ihrer materiellen und moralischen Mittel, ihrer glänzenden Organisation darauf gerichtet. Sie konnten der deutschen Volkswirtschaft über die ersten großen Schwierigkeiten hinweghelfen, indem sie sich in den Dienst der Allgemeinheit stellten und eine Gefinnung veranlaßten, die sich unvermindert bis zum heutigen Tage erhalten hat, eine Gefinnung, von der der Junge in der „Gewerkschaft“ verdrängte Rechtschaffenheit des Vorstehenden des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Herrmann, aus den Schützengräben erneut Zeugnis ablegt.

Als dann später das Reich die Arbeitslosenfürsorge selbst in die Hand genommen hat, richtete es sofort an die Gemeinden das Verlangen, sich bei Ausgestaltung der Frage mit den Gewerkschaften in Verbindung zu setzen. Würde sich bei dieser Anerkennung der Gewerkschaften durch den Staat selbst nicht derjenige Unternehmer lachend machen, der künftighin seinerseits diese große Kulturbewegung ignorieren wollte? Welche Triumphe der Gewerkschaftsgedanke feiert, ergibt sich weiter aus der Durchführung der Tarifvertragsidee. Die staatlichen Behörden haben vielfach an Stelle der Verdrängung individueller Arbeitsbedingungen schlichtweg die von den Gewerkschaften in den Tarifverträgen normierten Bedingungen zugrunde gelegt und die von ihnen infolge Lieferungen usw. abhängigen Unternehmer angewiesen, tarifmäßige Löhne zu zahlen. Damit ist die Gewerkschaft als das die Arbeiter vertretende und in dieser Vertretung legitimierte Organ anerkannt. Wer bedacht, welche Schwierigkeiten es gemacht hat, die Rechtschaffenheit des Tarifvertrages überhaupt privatistisch zur Geltung zu bringen, und weiter bedacht, daß heute dieser Tarifvertrag als die vorbildliche Norm selbst da anerkannt ist, wo individuelle Arbeitsverträge geschlossen werden, der kann nicht leugnen, daß der Gedanke, vom individuellen Arbeitsvertrag zum Kollektivvertrag zu gelangen, große Fortschritte gemacht hat. Gewiss wird die Durchföhrung dieser Maßnahmen nach dem Kriege in der Praxis noch unheilvoller Schwierigkeiten begegnen, aber der Schritt nach vorwärts kann nicht bestritten werden. . . .

Welche Stellung wird künftig die Gesellschaft zu den Gelben einnehmen müssen? Ich sage ausdrücklich: „Die Gesellschaft“. Denn daß die Unternehmer die „Gelben“ noch wie vor als Werkzeuge benutht werden, ist vom nackten Interessenstandpunkt aus verständlich. Aber die Gesellschaft (die Gesellschaft, die Partei und die uninteressierte, ideale, objektive Partei) muß zu der gelben Bewegung künftighin eine andere Stellung einnehmen. Und das ideale Werturteil, das soziale Gewissen, der satzungsmäßige Imperativ der Partei, haben in einem Lande, das einen Mann und Hütte hervorgerichtet hat, noch immer einen sehr prominenten Wert. Alle Eigenschaften, die heute bei unseren Soldaten mit Recht als vorbildlich angesehen werden, der Wackermut, die Solidarität, die Hingabe an die Allgemeinheit, fehlen den Gelben! Ja, dieses Fehlen macht ihr Wesen aus. Professor Alfred Weber aus Heidelberg hat jüngst von den Gewerkschaften das Wesen der gelben Vereine im Lichte der Paracatratie unserer Gesellschaft dargestellt. Wer die Entstehungsgeschichte der Gelben, wie sie sich aus den Vernehmungen ergibt, betrachtet und damit das vergleicht, was wir an unseren Soldaten schätzen, der erhebt den traurigen Gedanken: Es würde sich außerordentlich verlohnen, die gelbe Bewegung einmal im Lichte der durch den Krieg hervorgerufenen sozialen Umstellungen darzustellen.

Haben wir aus allen diesen Vorzügen die Folgerung, so müssen wir zu dem Resultat kommen, daß künftighin der politische und gewerkschaftliche Kampf sich auf einem ungleich günstigeren Boden abspielen muß. Manches, was die Gewerkschaften gefordert haben, ist bereits durchgeführt. Es hat sich gezeigt, daß die Gewerkschaften nichts die deutsche Industrie Schädigendes verlangt hat. Man kann also künftighin den praktisch durchgeführten und bewährten Forderungen der Gewerkschaften nicht mehr den Einwand der Undurchführbarkeit entgegensetzen. Es kommt weiter hinzu, daß das Tempo der sozialen Fortschritte sich gleich beschleunigt werden dürfte. Was sonst bei unserer Paracatratie Jahre zur Entfaltung bedurft hätte, hat die Militärbehörde, die nicht von des Obedians Pläne angeändert ist, in der Zeit der Rot schmach und praktisch aber kaum vermindert, so daß ein Landmann da ist, auf dem weiter gebaut werden kann. Diese Vorteile lassen sich für die Arbeiterbewegung ausnutzen, aber nur unter einer Bedingung: Vor drei Monaten hat der Genosse Leate in einer Gewerkschaftsversammlung darauf hingewiesen, daß zunächst diejenigen Institutionen erhalten bleiben muß, die die Arbeiter aus Berlin zu gewählten Repräsentanten gemacht hat, die Organisations!

Der aus dem Kessel zurückschreitende muß das wiederfinden, was er verfallen hat. Aufgabe der Organisation wird es sein, politisch, positiv und aktiv mitzuarbeiten an der sozialen Entwicklung des Reiches. Und der, so falsch Regien, vermindert sich an der deutschen Arbeiterbewegung, der diese praktische Arbeit durch revolutionäre kühnende Phrasen hindert.

Werden wir uns doch klar, wieviel wir in diesen Monaten unternommen haben. Und der, der unternimmt, lernt auch zu. Wer dies leugnet, hat von dem, was Kärl Hilow als Wesen des Staatsmanns betrachtete, nur die eine Seite: die Künzlerseite. Die andere Seite, die Verantwortlichkeit, fehlt ihm gründlich. Was ist z. B. aus den Theorien über den Generalstreik beim Streikensanbruch geworden? Das Rätsel des Generalstreiks hat dann keine Auflösung gefunden, daß die Gewerkschaften, und zwar nicht bloß die deutschen, sondern auch die anarcho-sozialistischen, internationalen Franzosen, sofort mit Streikausbruch im Interesse der Einheit der Nation den Heiligen Streit, und seien ihnen nur drei Arbeiter beteiligt, aufzuheben haben. So sieht der große Generalstreik aus. Wie recht hatte Ledeb, als er im Juni 1911 dem Fortschritt zuschrieb: „Genossen, im Falle des Ausbruchs des streikens überlassen die Massen nach etwas ganz anderem, als nach Klassenkampf. Da scheitern sie nach Arbeit und Brot.“ Und wie recht hatte er, als er die Resolutionen Paracatratie und Karl Ledeb, die der heiligen den künftigen revolutionären Schreie geben wollten, mit einer unmaßstäblichen, lässigen Handbewegung ausatmet.

Wir müssen uns mit dem Fesseln des Generalstreiks noch im vorigen Jahre beschäftigen, als wir uns aufschickten, zum internationalen Kongress nach Wien zu gehen. Da wollten uns die

Franzosen auf eine Resolution festlegen, die nach unseren Begriffen Hochverrat darstellt und die deutschen Organisationen mit einem Schlag der Auflösung zugeführt hätte. Trotz aller Vorhaltungen blieben die Franzosen bei ihrem Verlangen. Und heute haben dieselben Männer, die diese Resolution beharrlich vertreten haben, in der „Humanität“ als Abgeordnete der Partei erklärt: „Wir bewilligen nicht nur die von der französischen Regierung geforderten Kredite, sondern wir lehnen es auch ab, in einer besonderen „Erklärung“ diese Bewilligung zu rechtfertigen, weil selbst eine solche Hervorhebung unseres besonderen Standpunktes schon die Einheit der französischen Nation stören könnte.“ Heute aber dürfte keine Schwermütigkeit der Sozialdemokratie und allen übrigen Parteien des Parlaments aufgerichtet werden, denn heute seien alle Franzosen einig, daß der Krieg durchgeführt werden müsse bis zur Vortrennung eines Volkes von Deutschland. . . . Zu überlegen ist den französischen Genossen, daß sie da, wo es zu deklamieren geht, auf den internationalen Kongress, kein Bedenken tragen, durch revolutionäre Phrasen die Pruderpartei in ärgere Verlegenheit zu bringen.

Wir haben gesehen, daß die heutige Gesellschaft von einer Kraft und Stärke, einer Widerstandskraft und Anpassungsfähigkeit ist, die wir uns nicht haben träumen lassen. Daraus sind die Konsequenzen zu ziehen. Wir sind stark genug, um im Wege der Zivilisation zu bringen, aber noch zu schwach, um ausschließlich aus eigener Kraft auf dem Wege der Gewalt zu bestehen. Wir müssen zu diesen Zwecken mit anderen Parteien zusammengehen, soweit diese bereit sind, Taten positiver Sozialpolitik zu verrichten. Dieses Zusammengehen aber erreicht man nicht, wenn man diese anderen Parteien zunächst, sich glänzend lobt, sich die Güte gibt, als ob man eine Majoritätspartei sei, während man doch nur eine Minoritätspartei ist.

Selbstverständlich werden wir dabei keinen Grenz unserer Hebelwirkungen und Prinzipien aufgeben. Es ist in diesen Tagen, in denen man nur selten zur ruhigen Sammlung kommt, ein Verzicht, nachzudenken, welche erneute Entschlossenheit die Gewerkschaftskräfte besetzt, um in positiver Arbeit aus den sozialen Anschauungen unserer Zeit und den sozialen Umwälzungen, die der Krieg hervorbringen wird, alles herauszuholen, was irgend zum Nutzen der Arbeiterkraft herausgeholt werden kann.

Ein nicht hoch genug zu veranschlagendes Verdienst des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission ist es, daß es in Anbetracht, die nach dem Kriege noch eine große Rolle spielen werden, nicht nur immer wieder die unbegründete Entschlossenheit der Arbeiterkraft zum Durchhalten nach außen verrietert, sondern auch gegen England, das die deutsche Industrie und damit die Arbeiter auf das schwerste bedroht, sondern daß es uns in jeder Nummer beweist, welche sozialen Kräfte und Entwicklungsmöglichkeiten in der Kriegswirtschaft liegen und wie diese zum Vorteil des Reiches verwertet werden können.

Um dies zu erreichen, werden wir in mancher Beziehung, wenn auch gewiß nicht unsere Prinzipien oder unsere künftigen Grundidee, so doch unsere taktischen Maßnahmen ändern müssen. Es wird manches Schlagwort verfallen müssen. Dies wird nicht leicht sein, denn Schlagworte aufgeben, die man seit Jahren gebraucht hat, ist für manchen schwer. Aber diese Arbeit muß verrichtet werden.

Wir müssen Erfolge erzielen, wir immer mehr die Arbeiter zu blühend tätigen, genug und möglichst aufrechten Männern zu erhalten, wie sie die politische Partei zur Erreichung ihrer Grundidee braucht. Meine Partei mag ne noch so gute Kampfen haben, kann der Erfolge entbehren, soll nicht die Bewegung stagnieren und abblauen. In diesem für die Arbeiterkraft so lohnreichen Zeitpunkt heißt es: aktiv mitarbeiten. Mit Parlamenten ist nichts getan. „Passiv beiseite zu stehen“, sagt das „Correspondenzblatt“, „ist nie Sache der deutschen Gewerkschaften gewesen.“

Jetzt gilt das Wort des weisen aller Deutschen, Goethe:

„Im Anfang war die Tat.“

Weshalb man uns im Auslande nicht recht versteht.

Von einem Genossen, der die ersten fünf Kriegsmomente in der Schweiz erlebt hat, wird uns geschrieben:

Nun, nachdem ich einige Wochen wieder daheim bin, wieder inmitten meiner Landsleute lebe und ihre Regungen aus nächster Nähe zu beobachten Gelegenheit habe, nun ist mir's klar, weshalb in den ersten Kriegswochen sich sogar die Arbeiter des neutralen Auslandes gegen uns erklärten. Sie haben das, was in Deutschland vorging, einfach nicht verstehen können.

Wie war's denn? Als die Revolution kam, distanzierte man in der Schweiz gerade erst die Parteiblätter von Ende Juli, worin die heftigen Resolutionen angedruckt waren, die sich gegen den Krieg richteten, mit samt den scharfen Reden, die die Führer von Partei und Gewerkschaft in Parteiverfassungen gehalten hatten. Die Blätter ab 1. August kamen ins Ausland nicht mehr hinein, es blieben also die Arbeiter völlig im Dunkeln, waren einzig auf Mitteilungen vurgerichteter Blätter angewiesen. Na, und die waren auch danach! Die druckten die Telegramme des Mailänder "Secolo" nach, die da meldeten: Die Arbeiter in Berlin machen Revolution, erheben sich gegen die Führer. Liebesticht ist bereits, weil er sich geweigert, zu marschieren, standrechtlich erschossen worden, ebenso Rosa Luxemburg usw. Daraufhin hat es eine Straßenschlacht gegeben, in welcher mehrere hundert Arbeiter getötet, mehrere tausend verhaftet worden sind; der "Vorwärts" ist bereits dem Erdobden gleichgemacht, die Abgeordneten und Redakteure sind alle verhaftet worden, die Partei und Gewerkschaftspropaganda ist unterdrückt worden - und ähnlicher Unsinns mehr!

Was nun eigentlich vorgegangen war, das den, wie man annahm, "Unfall" jüdischer Führer herbeigeführt haben konnte, das erfährt man nicht. Die betr. Arbeiterblätter, die das meldeten, kamen erst nach dem 10. August über die Grenze, die bis dahin fast völlig gesperrt gewesen war. Und da magte man denn zu aller Entschiedenheit wahrnehmen, daß in der Tat ein Umschwung eingetreten war, denn die Telegramme, wonach die Sozialdemokraten für die Kriegsgelderte gestimmt hatten, die waren zufällig wahr gewesen. Das sah man auch an der Haltung der Arbeiterblätter, die durchweg, bis auf 2-3 Ausnahmen, entsprechend der Erklärung der Situation schrieben.

Aber war man nun überzeugt? Im Gegenteil! Jetzt biß es allgemein: Die Führer haben die Arbeiter verraten! Die Massen sind überumpelt worden, die Massen der Arbeiter sind nach wie vor gegen den Krieg, die werden mit der Haltung ihrer Presse nie einverstanden sein. - Und davon war man freilich nichts zu erfahren. Wieder biß es: Ja, sehr ärger, die Meinung der Masse wird von den Führern unterdrückt! Mittelungen Eingeweihter, wonach die Massen begeistert zur Verteidigung einmütig mit allen Volksgenossen marschieren seien, wurden mitleidig als erlogene behandelt. Aber es kamen Leute herüber, die die Stimmung der Arbeiter benötigten; auch konnte man sehen, daß die im Auslande lebenden Arbeiter, obwohl sie doch nicht gezwungen werden konnten, sofort beim ersten Ruf ohne Kursen, als sei es etwas Selbstverständliches, in die Mobilisate stürzten und sich Papiere und Kasogeld zur Grenze gehen ließen und denn, singend mit den anderen, alles hinter sich lassend, in die Heimat zurückzogen.

Aber man war nun einmal zeit vom Schick und wollte schließlich nichts mehr sehen und nicht verstehen. Man war zu weit entfernt, um Ferdinand von Arnim zu verstehen, der geäußert hatte: Man erlebe mit, was wir erleben, um zu wissen, was möglich ist, was nicht. . .

Dieses Mittelereben fehlte und dann die Mächtigkeit, zu wissen, weshalb denn man auf einmal die Arbeiter ihr Vaterland verrät.

Da ist an diese Verteidigung glaubte man sich kaum nicht. . . man war ja viel zu weit entfernt und lag im höchsten Post. . . Wieder fällt es dann, daß es denn, wenn ihm der Diktator den. . . sagt ein altes Sprichwort. Nun, in der Schweiz prunkte man im Ausland der Diktator. . . An die russische Gefahr glaubte man einfach nicht, zumal die Lande in der Schweiz lebenden Russen Anstrengung auftraten und "arbeiten", das Deutschland der schändliche Feind sei. Und die russischen unter ihnen zweifeln ließ, daß man zu Hilfe zu kommen, um Europa von der Pan der deutschen Vorkriegsberührung zu befreien. . . Und als man diesen Mähen entgegensah, daß ihre Vertreter im internationalen Sozialistenbureau noch am 20. Juni feierlich versprochen hatten, daß jeder Streik im Ausland sofort mit einer Revolution beantwortet werden würde - da lachten sie uns einfach aus, und ihr Führer Trotzky sagte

ganz offen: „Wir denken gar nicht daran, den Deutschen zuliebe Revolution zu machen!“ Zur selben Zeit traten Plechanow, Turjez und Krupolkin in die Reihen des Plutaren und machten damit die Revolution zu einer vollständigen.

Wie sollte der „gewöhnliche“ Arbeiter das verstehen? Und nun erst gar, als die supertüchtigen Bremer Wiedertäufer nach der Schweiz kamen, um uns über gewisse Dinge genau aufzuklären. Sie kamen zwar - aber aufgeklärt wurden wir nicht, denn sie erklärten nichts, der Parteivorstand habe ihnen streng verboten, „darüber“ zu sprechen. . .

Nur die in der Arbeiterpresse veröffentlichten Feldpostbriefe (die nach Ansicht der Wiesmader in der Zürcher „Eintracht“ alle erschienen waren!) sprachen eine sehr deutliche Sprache; die zeigten, daß in der Tat von einem Verrat der Führer, von einem Verratensein der Massen keine Rede sein konnte. Aber die kleine aber leider sehr betriebsfertige Clique in Zürich, die die Stimmung in der Schweiz künstlich schürte und angeborene Anstrengungen machte (und noch macht!), um auch die anderen neutralen Arbeiter zu gewinnen, blieb bei ihrer vorgefaßten Meinung. Dinter sie stellte sich die „Berliner Tagwacht“, der Luzerner „Demokrat“ und noch ein oder zwei Parteiblätter von den 17 Parteiblättern der Schweiz, deren Mehrzahl ihre Abneigung gegen Deutschland wenigstens zu verbergen trachtete.

Sie alle - das habe ich erst jetzt voll begriffen - übersahen gänzlich alles, was Rußland tat und tat, übersahen absichtlich, daß doch auch die französischen Arbeiter und Führer getan hatten, was die Deutschen getan, übersahen erst recht, wenn französische und belgische Sozialistenführer für den Jargonismus eintraten - in sum: übersahen nicht nur, nein, unterschätzten direkt absichtlich die imponierende Volkserhebung, das einmütige Aufstehen eines ganzen Landes, das vereinte Erleben einer ganzen Nation, das Zusammenstehen aller ihrer Kräfte gegen eine ganze Welt von Feinden.

Und da man das, namentlich in den Reihen der zurückbleibenden deutschen Arbeiter in der Schweiz, auch heute noch nicht einsehend und begreift, läuft man schimpfend hinter der Weltgeschichte her und merkt immer noch nicht, daß nach dem Kriege ganz andere politische Kräfte und Gewichte eingeführt werden, daß dann die bisherige Phrasologie keine Vorbeeren mehr einbringt. . .

R. A.

Aus unserer Bewegung

Schweinfurt. Am 10. Januar 1915 fand im Lokal „Zur bl. Glocke“ unsere diesjährige Generalversammlung statt. Nach dem Berichte des 1. Vorsitzenden war das Jahr 1914 ein sehr arbeitsreiches. Anfang Juli abme wußt niemand, was uns, speziell der organisierten Arbeiterklasse, bevorstand, und dann kam die Kriegsmachung, die uns den Weltkrieg brachte, einen Krieg, wie ihn die Welt noch nicht gesehen hat und der Millionen braver Gewerkschafts- und Parteigenossen zum Kampfe rief. Viele unserer Kollegen, die in unserem Verbände organisiert sind, deckt schon die halbe Erde, und noch in keine Aussicht auf den ersehnten Frieden. Unter Paris lief im vergangenen Jahre ab. Mit Mühsicht auf die gegenwärtige ungünstige Zeit sehen wir von der neuen Lohn- einlage ab und beantragen dem Stadtkomitee nur die Fortsetzung unserer Lebermarztagung für das Jahr 1915, die uns auch gewährt wurde. Der Bericht der Kassierere ab ein sehr befriedigendes Resultat. Dem Vorsitzenden wurde einstimmig Bescheinigung erteilt. Der anwesende Genosse C. Chret gab noch einen kurzen Rückblick auf das argentinische Geschäftsjahr und empfahl mit warmen Worten, in der nun folgenden Wahl die leiberrige Vorstandschaft wiederzuwählen. Aus der nun stattfindenden Wahl gingen folgende Kollegen hervor: 1. Vorsitzender: Kaspar Metz, 2. Vorsitzender: Max Daas, Kassierer: Joh. Metz, Schriftführer: Osk. Freund, Bericht: Osk. Wedel und Franz Andreo, Revoren: Andreas Schneider und Gertrud Schmidt, Kartelldelegierte: Joh. Schäfer und Max Hoffmann, Unterassierer: Joh. Schäfer. - Unter Berücksichtigung der nun folgenden leiberrige Kartelldelegierte Osk. Freund den Kassierere. Einige Beschwerden verabschiedet werden sollen in einer nächsten Parteiverammlung geregelt werden. Ferner wurde ein Vorstoß der Verwaltung angenommen, der lautet: Die Kreisverwaltung erlaubt ein Zurückziehung des Antrages von 1915, wodurch der Kartellstelle weiter während ihres Bestehens der Bezug aus der Vollstreckung weiter begünstigt wurde. Nach einem kurzen Entschluß des Vorsitzenden, auch fernschreiben den zu halten, derselben immer mehr Kollegen zuzuführen, damit auch unsere aus dem Felde zurückkehrenden Mitglieder sehen, daß, auch wir, die wir fern vom Schiffe stehen, nicht gestört haben, folgte die Versammlung.

Wochenbericht vom Krieg

Berlin, den 18. Januar 1915.

Das geistigste Wort: „Nicht Neues vor Paris!“ hatte in den letzten Wochen erhöhte Bedeutung. Nun aber ist vor Seiffers, also dem Paris nächsten Eckpunkt der deutschen Stellung, ein ansehnlicher Teilerfolg erzielt. Er hat daran eine weitere deutsche Offensive mit Durchbruchversuch anreicht, werden die nächsten Tage lehren. Jedenfalls ist die seit 17. Dezember angedrohte französische Offensive bis jetzt stets zusammengebrochen. Der deutsche amtliche Bericht zählt in den letzten 4 Wochen an französischen Toten 24.000, Gefangenen 17.800, dazu das Erfassungserhältnis der Verwundeten usw. ergibt einen Verlust auf mindestens 150.000 Franzosen, also einer ganzen Armee! Unsere Gesamtverluste betragen noch nicht ein Viertel, also jetzt 35.000 Mann. Anmerken ein fürchterliches Wechselspiel! Der offizielle Bericht aus dem Hauptquartier deutet die Kriegsschicksale so an: Dieser glorreichen Kampfschritte die deutsche Truppe nach längerer Wochen des Stillstehens in einem Winterfeldzuge, dessen Witterung Regenbauer und Sturmwinde waren, auch an den Kampfzügen selbst hielten Regen und Wind an. Die Marsche erfolgten auf grundlosen Wegen, die Angriffe über schneeige Felder, durch verchlammte Schützengraben und über zertrümmerte Steinbrände. Vielfach blieben dabei die Stiefel im Schlamm, der deutsche Soldat fuhr dann barfuß weiter. Anzeichen reden die französischen Deputierten (auch die Sozialisten!) noch immer von der kommenden „deutschen Niederlage“ und der Eroberung des deutschen Elbs! Ob solches recht unzeitgemäße Dramatisierungen in der französischen Bevölkerung wachlich noch geglaubt wird? Wir möchten's nicht für sehr wahrscheinlich halten. -- Im Osten steht der Positionskrieg. Das schlaue Wetter ist ein hartes Schicksal für beide Parteien. -- Inzwischen hat ein Personwechsel im Reichswehramt stattgefunden, der von diplomatischer Bedeutung sein kann. An Stelle Mübns ist der dem Taktikern der Deutschen Kauf zugehörige Dr. Helfferich ernannt. Er ist erst 42 Jahre alt und gilt als einer der ersten Nachkome auf dem Gebiete der Finanzen. In der Tagespresse ist er als „liberaler“ werden „Imperialist“ bezeichnet worden, oder mit solchen Zitate werden in gegenüber solchen harten Vorwürfen wenig ausgedrückt. Jedenfalls wird nach dem Sinne eine völlige Neuordnung der deutschen Finanzen erfolgen müssen. Da nun es viel und schwerere Arbeit! -- In Österreich ist der Minister des Reichens, Graf Berchtold, aus unbekanntem Grunde plötzlich gegangen. Er war es, der die Hauptrollen der österreichischen Diplomatie vor und bei Beginn des Krieges spielte. Sein Nachfolger ist die rechte Hand des ungarischen Ministerpräsidenten v. Tisza, er heißt Burian. -- Das Klunten über den Wunsch Englands zum Separatfrieden mit Deutschland will kein Ende nehmen. Wir halten nicht viel von diesen Gerüchten. -- Nachfolgend Einzelvorgänge: 10. 11. Januar. In den Argonnen französischer Stützpunkt erobert. Seit 8. Januar haben hier die Franzosen 5000 Mann an Toten, Verwundeten und Gefangenen verloren. -- Österreichischer Generalstab stellt fest, daß Russen in österrödischer Uniformen kämpfen. (Völkerrechtsbruch) -- Aufschrecke an der Riba (Zürich) von den Österrödischen abge schlagen. -- Die Russen haben sich aus Tschibis (Pforten) zurück. Turen besetzen die Stadt. -- 12. Januar. Österreichischer Minister des Reichens, Graf Berchtold, tritt aus persönlichen Gründen zurück. An seine Stelle kommt ungarischer Baron Burian. -- 13. 14. Januar. Deutscher Sieg bei Seiffers nach dreitägigem Kampfe. Die Franzosen werden auf einer Länge von 12 bis 15 Kilometer 2 bis 4 Kilometer zurückgeworfen. 10000 Gefangene, 40000 50000 Tote, 18 schwere, 17 leichte Geschütze, mehrere Maschinengewehre und 6 Maschinengewehre sowie sonstige Kriegsmaterial erbeutet. -- Russische Angriffe bei Gumbinnen und Löben abge schlagen. -- Heber Medwid kommt Meldung einer neuen Niederlage der Fortschrittler an der deutsch-judisch-polnischen Grenz. Verluste 500 Mann. -- Crisolobler Angriff deutscher Artillerieboote auf Döber. -- Nordostlich Kawa (Polen) russischer Stützpunkt erobert. 500 Gefangene, 8 Maschinengewehre. -- Französisches Artillerieboot „Garbu“ am Eingang der Dordogne vernichtet. -- 15. Januar. Staatssekretär des Reichswehramts Mübns tritt krankheitsbedingt zurück; an seine Stelle wird Dr. Helfferich, Direktor der Deutschen Post, berufen. -- Französische Angriffe bei Artois abge schlagen; im Gegenangriff Chibergaben erobert, Beilage gefangen genommen. -- 16. Januar. Vereinzelt Häuser in Weppen und Spa.

Kriegstriefe

Die Feuerprobe. Unser Gaukeler, Kollege O. Weder, schreibt uns vom 3. Januar 1915: „A. A.“ Am 6. Dezember wurden wir feindlich einseitig, und am 7. morgens um 4 Uhr fuhren wir nach W. (Andern), wo wir nach einer Fahrt von drei Tagen und zwei Nächten abends ankamen. Der Transport (800 Mann) wurde geteilt und jeder Zugabe eine bestimmte Anzahl Mannschaften zugeteilt. Am Beginn der Fahrt. Am 22. Dezember morgens um 5 Uhr nachmittags war ab. Das Bataillon versammelte sich in W., und nun ging's vorwärts in die Gesecktslinie hinein. Immer näher und näher kochten wir den Donner der Geschütze; die Straßen sind von den Granaten aufgewirbelt, im Lohr, 3 bis 4 Meter breit und 1 1/2 bis 2 Meter hoch, waren zu überwinden. Wie schrecklich verwüstet waren die Dörfer, durch die wir marschierten. Alles, alles zertrümmert und niedergebrennt. Die Weiber sind geflüchtet und mußten alles im Stich lassen. Wenn sie in ihre Heimat zurückkehren, werden sie nur noch Trümmerhaufen aufsuchen, und die Frucht eines jahrelangen Ringens um Nahrung ist verweht. Die noch nicht zertrümmerten Häuser stehen in ihrer Ausführung eine Stabilität und beständige Einwirkung, wie man sie nur in sogenannten reicher Gegenden trifft. Die Landwirtschaft ist hier sehr verheerend gewesen, da die Boden sehr fett ist und die Witterungsverhältnisse für den Getreidebau sehr günstig sind. In den Dörfern und Städten hinter der Front, wo die Bevölkerung nicht geflohen oder schon wieder zurückgekehrt ist, zeigt alles vor einer guten Erntezeit der Kultur aber weiter geht's, bis um abends um 11 Uhr vor den Schützengraben angekommen sind. Stadtmittel in die Nacht, und das war gut so. Wir brauchten wenigstens nicht durch den Treck gehen, sondern konnten in gebührender Haltung in die Gräben einziehen. „Gott sei Dank!“ hustet uns die abgelohnte Mannschaft entgegen, und hier geteilt und wurde trocken sie aus dem Graben. Die Gewehre werden nur in die Schützengraben gelegt, der After abgelegt, und die Gruppen haben ihre Unterstände. Allerdings ist das Suchen sehr schwierig, weil man es an die Spitze im Feld nicht und beim Geben Gefahr läuft, daß die Stiefel stecken bleiben. Die Unterstände sind so groß, daß eine Gruppe (acht Mann) überkommen. Aber zum Leben in kein Platz, auch nicht das Wasser für sich. Der Mann der Gruppe müssen einwecheln begeben, und so verlor die erste Nacht recht ruhig, wenn nur die Mäule und die verdammt Röhre nicht ewiger warte. Der demnächst mal zu, um wenn sich nur eine Schmutzprobe geben darf, wird gegeben, aber nicht getroffen. Am 8. Uhr beginnt die zweite Nacht. Die französischen Artillerie hat hier 500 Meter hinter der französischen Front aufgestellt und beschützt uns mit Granaten. Um 10 Uhr begann unsere Artillerie zu antworten, und sie müssen angesetzt haben, denn nach ungefähr 50 Schüssen schwingen die französischen Mörser. Nachdem die Mörser abgekommen, erwartete wir einen Sturmangriff der Franzosen, aber sie haben sich nicht blicken lassen und so hatten wir Zeit, viele Verwundeten zu versorgen und den zertrümmerten Gräben wieder auszuräumen. Um 12 Uhr nachmittags habe die Nacht wieder ein. Es schien uns, als ob die Gräben der beiden verengt geworden seien. Doch sie hatten nur einen Kollisions, und unsere Artillerie brachte sie bald zum Schweigen. Wenn das schreckliche Artillerie, jeder hatte das Bedürfnis: Nur er werden sitzen, nachdem die Verwundeten weggebracht waren. Etwas die zweite Nacht ganz ruhig und wir verließen unsere „Stützgraben“ ohne Futter und ohne Belag mit einem ruhigen Verhalten. Am anderen Morgen wieder um 9 Uhr sandte sie uns 200 Mann an der Riba, und sie glaubten, dies recht häufig tun zu müssen. Verdammt! Wie's wieder heute und heute, und doch gelang es nicht, uns zu vertreiben. Dies „Kompanie“ ist vorüber und ist stehen wir hier. Die Verwundeten in die Landstammänner, die mit einem Ruhe auf ihrem Feldern sind. Aber wie furchtbar war es auch anzusehen, wenn einer gestorben wurde. „A. A.“ Glaub mir, ich habe gewünscht, daß auch mich bald eine Mäule treffen würde, um von diesem Leben erlöst zu werden! Aber weil, wenn auch ganz sich glücken, würden wir nach 18 Stunden abgelassen. Es war am Christabend! Wir waren in Aufstellung um zu bleiben fast zwei Tage, also über die Feiertage. Alle freute sich um auf die Feiertage, um etwas von daheim zu erfahren. Bei uns stammten die Anger und wie dankbar ist man für die Feiertage! Am dritten Tag, abends um 10 Uhr, waren wir wieder hinein in den Graben, und das vorum Geschickerte wieder sollte sich, nur mit dem Unterschied, daß wir diesmal 72 Stunden ausweichen mußten und ab mit sechs Mann auf Untertransporten alle als Nachbediene, usw. Am 30. Dezember, abends 11 Uhr wurden wir abgelassen und waren wieder zurück über W. nach 6. 5 Uhr eine gute Nachricht erwartete mich dort, nämlich, daß ich mit 30 Mann des Regiments am 1. Januar 1915, morgens um 8 Uhr nach G. marschieren müßte, dort werde ich zum Telegraphen angeschlossen (Nach der Leitung usw.), und dann werde ich der Generalkommando überwiesen. Morgen beginnt nun der Winter, und wir wollen sehen, was sie aus uns machen. Es sei den Lebens genügt und grüße alle unsere Freunde und Kollegen!

Notizen für Gasarbeiter

Berlin. (N. O. G. A.) Ausgraben, Anerkennung der gewerkschaftlichen Organisationen usw., das alles sind Erhebungen, die in den Groß-Berliner Betrieben der Englischen Gaswerke nicht zu bemerken sind. Ganz so wie in Friedenszeiten scheint die Bewachung sich alle Mühen, Bekleidungen und Wünsche der Arbeiter vom Verbe halten zu wollen. Amant wie früher durch die Arbeiterauschüsse mit der Arbeiterschaft über die Fragen, die sich aus dem Arbeitsverhältnis ergeben, zu verhandeln, erscheint dies jetzt unmöglich. Der Bewachung ist durch die Zülführung noch einmal der Antrag übermittelt worden, die Wahlen für den Arbeiterausschuss vorzunehmen. Die Sachwalter des englischen Kapitals wollen bis jetzt eine Antwort nicht erteilen. Vielleicht hat man an dements der Dohlenjurist, die jetzt, durch den Betriebsmangel bedingt, bei den Gaswerken geschäftig ist, keine Zeit zu antworten. Uns scheint, als ob aber die Gemeindevorstellungen, die mit der englischen Gasgesellschaft in Verbindung stehen, doch ein Interesse haben, daß die Arbeiter der Betriebe nicht schlechter gestellt sind als ihre eigenen. Was den Gemeindevorstellern in Groß-Berlin hat durchweg gewährt wird, muß schließlich den Arbeitern der N. O. G. A. auch als Recht anerkannt werden. Die gemeindliche Interesse dürfen damit nie eine wünschenswerte Förderung erfahren.

Rundschau

Agitation. Wer in anderen Reihen stehen, in anderen Reihen kämpfen will, der muß die Zusammenhänge des Lebens erkennen, die natürliche Anordnung haben von Menschenrecht und Menschenpflicht. Anders wird er sich nie zu uns herüberwagen oder sich nie bei uns wohlfühlen. Diese Voraussetzung zu schaffen, war bisher stets die Aufgabe unserer Agitationsarbeit, die aber oft wenig beachtet wurde. Es war eben mandementroyaler Aufklärungswesen nicht gegeben, tiefer in die Verhältnisse des Lebens zu schauen und die ganze Humanität unseres heutigen Lebens zu erkennen. Wie mit einem Schiefer war die Weltanschauung für sie verhängt, durch den sie nicht zu schauen vermochten. So mancher der uns vorlagert nun, daß diese Agitationsarbeit jetzt zur Aufgabe der Gewerkschaften oder vergeblich sei. Aber zu Unrecht. Im Gegenteil. Wenn auch die offenen Kämpfe der Organisationsarbeit weniger notwendig sind, aber gerade in diesen Zeiten eine günstigere Gelegenheit zum aufklärenden Wirken als jezt. Der Schiefer, der so vielen die Weltanschauung des Lebens vermittelte, der hat der Krieg ihnen jetzt fortgerissen, und selbst die starren Schichten oben jetzt unser Zusammenleben in seiner ganzen wahren Unnatürlichkeit. Wohin sie nur blicken, zeigt sich ihnen jetzt so recht, daß der Mangel einer natürlichen Organisierung das charakteristische Merkmal unseres heutigen Wirtschaftslebens ist und daß die Befreiung der Allgemeinheit ihren Weg heute nimmt über das Eigeninteresse kapitalistischer Wirtschaften. Das Leben sie heute so besonders deutlich auf dem Gebiete der Nahrungsmittelversorgung, das ihnen das wichtigste ist. Wo ist da die Organisierung, die Organisierung, die notwendig ohne jedes Nebeninteresse dem Ganzen dient? - Neben dem produzierenden Kapitalisten suchen noch ungezählte Horden heute erst einmal genügend für sich zu verdienen, ehe das Produkt dem Ganzen zukommt. Auf das Streben nach plumpem Eigenzweck ist unser ganzes Wirtschaftsleben aufgebaut. Nicht eine von dem Ganzen getrennte, im Dienste des Ganzen befindliche organische Einheit ist unser Wirtschaftsleben, sondern eine Summe von Wirtschaftsbetrieben, die von der Selbstsucht einzelner getrieben und janzweit für den Nutzen der Einzelinteressen und dann endlich erst für das Ganze bestimmt sind. Wenn man früher auf das eigenartige Bewußtsein hinwies, das hier und da zum Ausdruck kam, dann hörte man vielfach den Ruf, daß Ausnahmen stets vorhanden sind und die jämmerlich Indifferenten ertragen für Los oder wenigstens in immer neue Betriebe über, um ihr Glück zu erlangen, selbst aber, wo der Krieg den Schiefer gelöst, jetzt leben auch sie, daß alle jene Erlebnisse nicht vergeblich Erkennungen waren, sondern daß das ganze Wirtschaftsleben auf dem privaten Egoismus des Kapitalismus aufgebaut ist. Sie mögen sich freuen und wenden, wie sie wollen, sie können sich jetzt den kapitalistischen Massen nicht entziehen und wenn sie in menschlichen Gesetze wieder managen müssen, sie werden jetzt etwas fühlen von Menschlichkeit, von Menschenrecht, denn nicht die nötige Beachtung zuteil wird, weil erst jene wenigsten verdienen müssen und eine Organisierung

im Interesse des Ganzen völlig fehlt. Wir haben z. B. genug Lebensmittel im Lande. Das ist von ersten Volkswirtschaftlern anerkannt, aber sie werden uns unnötig verteuert, weil unsere Wirtschaftsordnung kapitalistisch ist. Ohne das Produkt besondere Aufklärungsarbeit zu sein, haben bekanntlich jezt Vorschläge und Anregungen unterbreitet, die, vielleicht ohne daß sie es selbst wußten, nichts anderes sind als Teile, kleine Klügel jenes neuen freien Wirtschaftslebens, um das wir schon so lange ringen. Der Schiefer ist auch vor ihren Augen gefallen und sie sehen die Wirklichkeit und denken. Sollte da, wo allein die nackte Wirklichkeit schon so gewaltig überzeugend wirkt, die Aufklärungsarbeit nutzlos sein? - Wahrhaftig, wenn ja, dann ist sie jetzt am Platze. Darum die Augen auf! Verfolgt in eurer Rechte die Lage und den Gang unseres heutigen Wirtschaftslebens und zeigt euren Verunglückten, an Hand all der vielen Einzelfälle, daß das gesamte Wirtschaftsleben in allen Gebieten kapitalistisch ist und daß die Paritätlichkeit und damit die Beachtung der Menschenrechte erst möglich ist in unserer neuen Welt. Dann wird der Krieg uns anderen Ziele am ein gewaltiges Stück näher bringen, statt zurück, wie es unsere Feinde sich jetzt so gern einreden, weil ihnen jetzt selbst ein gut Stück ihres Schleiers entrisen ist und sie selbst diese Zeit als Aufklärungsquelle nur zu sehr fürchten.

Unsere Verbandsangelegenheiten im Felde. Unser Verbandsvorsitzender Mollge Hermann ist jetzt als badiischer Alpenjäger in den Vogesen beim Telephonendienst. 800 50 Meter vor dem Feinde! - Mollge Heineke Zuffendorf ist nun auch eingezogen. Wolfowelt Müngersberg ist an der Front in Gumbinnen. Thimm Hauptmann war schon in Ruhland, infolge Josias jetzt im Lazarett Mann. (Wehr).

Die Einfuhrscheine. Zwischen dem „Berliner Tageblatt“ und der „Deutschen Tageszeitung“ ist aus Anlaß der Proterverteuerung Deutschlands während des Krieges eine Auseinandersetzung über die Einfuhrscheine entstanden. Das „Berliner Tageblatt“ (Nr. 22) kritisiert seine Darlegungen mit der Feststellung dieser Tatsache: „Wohl im Juli vorigen Jahres, also unmittelbar vor dem Kriegsausbruch, sind durch das System der Einfuhrscheine 700000 Doppelzentner Weizen und 800000 Doppelzentner anderes Getreide, im ganzen also ein und eine halbe Million Doppelzentner Protergetreide ausgeführt worden. Hätten wir dieses Getreide im Lande behalten, dann wäre von einer Strapazen an Protergetreide keine Rede, und die Vorkämpfer über die „Stredung“ unseres Getreidevorrats hätten sich bedeutend anders erwidert. Wir verstehen danach nicht ganz, wie die „Deutsche Tageszeitung“ behaupten kann, daß das System der Einfuhrscheine durch diesen Krieg glänzend gerechtfertigt worden ist. Das Gegenteil ist offensichtlich der Fall.“

Die Vertretung der deutschen Verbraucher hat sich vor kurzem der Mitbestimmung für Konsuminteressen zum Ziel gesetzt. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer Abwehr der mehr durch nichts gerechtfertigten Preissteigerung für viele notwendige Bedarfsmittel, besonders Lebensmittel, hat fast sämtliche Arbeiter, Angestellten- und Beamtenverbände aller Richtungen, Konsumgenossenschaften und soziale Wohlfahrts- und Frauenvereinigungen zu dieser gemeinsamen Gründung veranlaßt. Zusammen verfügt er bis jetzt über 7 Millionen Mitglieder, mit Angehörigen 18 Millionen Verbraucher. Als seine wichtigsten Aufgaben steht der Mitbestimmung an: 1. Einrichtung einer Sammel- und Anlaufsstelle für alle Fragen, Tatsachen, Wünsche, Vorschläge auf dem Gebiete der Volksernährung und des Massenbedarfs. 2. Aufklärung und Erziehung der Konsumenten zu einem vernünftigen Verbrauch aller Vorräte. 3. Sachkundige Vertretung der Konsumenteninteressen gegenüber den Behörden, den Parlamenten und der Öffentlichkeit. 4. Bekämpfung ungegerechtfertigter Preissteigerungen sowie des Mißbrauchs von Arbeits- und Arbeitsmangel. 5. Bekämpfung des Mißbrauches. Diese Arbeiten erfordern der geschäftsführende Vorstand. Er hat für die Bearbeitung des Warenverkehrs, der geschäftlichen Verhandlungen (Schlichtung, Proterverteuerung usw.) des Arbeits- und Mißbrauches usw. als seiner Mitglieder ernannt, die die Vertreter von Verbänden und sonstigen weiteren Sachverständigen aus der Proterdaten und Warenmarkt arbeiten werden. Als wichtigste Arbeit ist der Mitbestimmung ein Eingreifen zur Sicherstellung unserer Lebensversorgung an. Er ließ über am 12. Januar den Reichs- und Staatsverordneten eine Eingabe mit der Forderung nach Bekämpfung unserer Proterverteuerung und seine Verwendung zu einem einheitlichen Mitbestimmung zugeben. Darin wird gleichzeitige Vertretung eingeholt gegen die von Professor Elmsacker in der „Sozial. Rundschau“ zur Verminderung unseres Proterverbrauches (1) erprobte Veranlassung unserer Proterverteuerung. Auch wird die Regierung auf die Ungerechtigkeit der neuen Proterverteuerung durch den unverantwortlichen Einkauf von Wehl für die Staatsbedürfnisse auf-

merkmal gemacht. Weiter sind in Vorbereitung Vorschläge im Interesse unserer Kartoffel- und Fleischversorgung, Erlangen besserer Vertretung für die Arbeitnehmerschaft bei bevorstehenden Verhandlungen über ungesunde Arbeitsbedingungen, schließlich organisierte Lebensmittelabfallverwertung durch die Gemeinden. Als Vertretung der Hauptgruppen aller angeschlossenen Stände und Organisationen sowie zur Abklärung der großen Maßnahmen berechtigt für den Arbeitsausschuß ein Gesamtvorstand. Die Geschäftsstelle befindet sich Berlin W. 35, Potsdamer Straße 56, Gartenh. 11. Fernruf: Rollender 235. Es ist ferner beabsichtigt, am Ende der Generalkonventionen Arbeitsausschüsse einzurichten, denen es obliegt, die zentrale zu unterstützen. Produktions- und Arbeitsverhältnisse gemäß den gesetzlichen Bestimmungen zu untersuchen und Eingaben, Wünsche und Beschwerden an die Kommandos zu übermitteln, soweit sie zu deren Machtbereich gehören. Für alle diese Funktionen werden die Rechte und Pflichten der angeschlossenen Verbände zur Vertretung ihrer Mitglieder in wirtschaftlichen und sozialen Fragen natürlich nicht beeinträchtigt.

3 1/2 Milliarden jährlich für Alkohol. Das deutsche Volk gibt jährlich für geringe Getränke 3 1/2 Milliarden Mark aus. 3 1/2 Milliarden sind eine gewaltige Summe, da ist in der Tat die Frage berechtigt: hat diese Ausgabe wirklich einen Wert und Nutzen? Diese geringen Getränke haben fast gar keinen Nährwert. Sie erzeugen nur das Blut und haben es auf! Dieser kurzen Erregung folgt aber sicher eine Erschlaffung, eine Erschlaffung, die mit der Zeit immer länger anhält. Nach und nach zernört der Gemüthsgehaltiger Getränke nicht nur das Nervensystem, sondern gefährdet auch die Verdauung. Am häufigsten werden die meisten Verbrechen und strafbaren Handlungen begangen. Je mehr getrunken wird, desto mehr verlangt der Trinker nach dem Alkohol. Selbst Bier ist kein Durstlöcher, sondern erzeugt erst Durst und Trodenheit, weil es Gaumen und Gurgel reizt. Bienen wird nun mit Recht von allen Seiten Sparsamkeit empfohlen, selbst im Privatverbrauch. Aber in dieser Zeit kein Geld dazu verwendet, um sich im Alkohol- oder Vergnügen einen kurzen Zimmerraum zu verschaffen, anstatt sparsam und vernünftig damit hauszuhalten, der in der achtungswert. Es ist ferner gerade jetzt wieder allerlei Gerüchte, daß einzelne trotz hoher Verdienste weder ihre Familien ausrechnen und versorgen, noch ihre Organisationspflichten erfüllen. Während unsere Volksgenossen, unsere Kollegen im Felde leben und harte Entbehrungen leiden, gehen manche von den Zurückgebliebenen geradezu schändlich mit ihren Familien um. Wir wollen nicht deutlicher werden, sondern hoffen, daß der Ernst der Zeit schon bewirkt, daß die Sünder vernünftig handeln lernen. Wir wollen nicht, was dem deutschen Volke als Frucht dieses Krieges fehlender sein wird. Das aber wissen wir schon jetzt: was es auch sein mag, möge kommen was will, wir brauchen tüchtige, nuchterne Strafe, keine Alkoholbegünstigung, keine künstliche Aufschwemmung, sondern reale Tüchtigkeit, dann werden wir bestehen auf jeden Fall.

Reichswollwoche.

Wenn Schnee und Regenwürme rasen,
 Ist Wolle besser Zerkleinert,
 Ist Wolle wertvoll! Was! Wir haben
 Zum Sammeln! Sammle jeder mit!

Woll' ich ins Feld, so will ich wollig
 Brust, Bauch und Weine, Hals und Hand,
 Ein warmes Klima tags, und mollig
 Sei jede Nacht der Unterhand.

Wie soll der Arbeiter Kampfsinn haben,
 Wenn ihm vor Frost die Finger klammern?
 Woll, wolle! Bringt die im Schützenarabern
 Jetzt ganz gehörig auf den Tamm!

Die ihr den Feind mit tiefem Groll
 Verfolgt, nun opfert euren Haas,
 Versteht tüchtig in die Rolle
 Und gebt sie für das Heer heraus!

's ist keine Zeit zu Zorn und Waden.
 Der Faschingsgeigen Lustgeleit
 Schweiß ist - denn sind getrag'ne Taven
 (Aus Wolle) passendste Lust.

Die Hosen, ebrenfest und bieder,
 Die Paletots, Schod für Schod,
 Nur her damit! Zu Ansehen wieder
 Stommt der stanelne Unterrod.

Das große Welt ist erst gelungen,
 Wenn Ch- und Weisheit weidlich klug
 Und jeder unser braven Jungen
 Wortwörtlich in der Rolle s'ht.

Gottlieb im Jahr.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|---|
| Peter Dieb, Virmasens
Straßenarbeiter
† 8. 1. 1915, 70 Jahre alt. | Otto Kollmann, Henkölde
Gasarbeiter
† 12. 1. 1915, 48 Jahre alt. |
| Geora Elm, Hof
Zubalide
† 4. 1. 1915, 63 Jahre alt. | Willi Lan, Hamburg
Friedhofsarbeiter
† 4. 1. 1915, 36 Jahre alt. |
| Johann Ganz, Bergen
Gasarbeiter
† 15. 1. 1915, 60 Jahre alt. | Wilhelm Polen, Cöln
Feier
† 10. 12. 1914, 64 Jahre alt. |
| Hermann Heinze, Berlin
Arbeiter
† 11. 1. 1915, 65 Jahre alt. | Faver Reischl, Kolbermoor
Zahnarbeiter
† 11. 1. 1915, 36 Jahre alt. |
| Joh. Hoffmann, Kreuznach
Straßenarbeiter
† 9. 1. 1915, 64 Jahre alt. | Max Schreiber, Chemnitz
im Alter von 27 Jahren
an Herzschlag gestorben. |
| E. Hübner, Reichrath i. V.
Straßenarbeiter
† 12. 1. 1915, 66 Jahre alt. | Glaucus Steppulat, Berlin
Arbeiter im Wasserwerk
† 8. 1. 1915, 69 Jahre alt. |
| Johann Hübner, Nürnberg
Penionär
† 14. 1. 1915, 56 Jahre alt. | Johann Stapp, Cöln
Straßenarbeiter
† 13. 12. 1914, 47 Jahre alt. |



Auf dem Schlachtfelde sind gefallen:

- | | |
|---|---|
| Gustav Buchholz, Braunsfeldt
am 25. Dezember im Alter von
25 Jahren in Rußland gefallen. | August Koch, Feuerbach
am 4. Januar im Alter von
26 Jahren in Rußland gefallen. |
| Otto Dröbke, Berlin
am 2. Dezember im Alter von
25 Jahren gefallen. | Richard Müller, Berlin
am 25. Oktober im Alter von
30 Jahren gefallen. |
| Joh. Engelhardt, Dörnigheim
am 8. Januar im Alter von
37 Jahren in Frankreich gefallen. | Albert Kieh, Lankwitz
am 23. Dezember im Alter von
39 Jahren gefallen. |
| Oskar B. Enger, Chemnitz
im Alter von 31 Jahren
in Rußland gefallen. | Vaut Benz, Planen i. V.
am 9. Dezember im Alter von
31 Jahren in Rußland gefallen. |
| Alwin Franke, Dresden
am 14. September im Feld-
lazarett Lunéville gestorben. | Willi Kohr, Str. u.
am 6. Dezember im Alter
von 25 Jahren gefallen. |
| Friedrich Frank, Kolkob
am 12. November im Alter von
29 Jahren in Frankreich gefallen. | Oskar Kolly, Käferthal
am 22. Dezember im Alter
von 30 Jahren gefallen. |
| Walter F. Frosch, Chemnitz
im Alter von 29 Jahren
in Frankreich gefallen. | Karl Schreiner, Wiesbaden
am 3. Dezember im Alter von
26 Jahren in Rußland gefallen. |
| Peter Golinski, Berlin
am 30. Dezember im Alter von
31 Jahren gefallen. | John Skryneck, Hamburg
am 2. Dezember im Alter von
28 Jahren in Frankreich gefallen. |
| Wilhelm Hahn, Berlin
Manutentionsarbeiter
im Alter von 37 Jahren gefallen. | K. Siegle, Frankfurt a. M.
am 26. September im Alter
von 26 Jahren gefallen. |
| Gustav Hoppe, Creplow
am 13. November im Alter
von 29 Jahren gefallen. | Math. Steinhausen, Cöln
im Alter von 37 Jahren
bei Tuberc. gefallen. |
| Adolph Klomp, Hamburg
am 28. November im Alter von
26 Jahren im Osten gefallen. | Jonahim Thiel, Berlin
am 18. Dezember im Alter
von 29 Jahren gefallen. |
| Georg Knaack, Berlin
am 30. Dezember im Alter von
25 Jahren gefallen. | H. Westhüser, Heidenheim
am 15. Dezember im Alter von
26 Jahren im Osten gefallen. |

Ghre ihrem Andenken!

Verlag: In Vertretung des Verbands der Gewerkschaften und Arbeitervereine in Preußen, Ostpreußen, Pommern und Schlesien, Berlin, W. 35, Potsdamer Straße 56, Gartenh. 11. Fernruf: Rollender 235. Druck: Verlagsdruckerei und Betriebsamt für den Druck, Berlin, W. 35, Gartenh. 11.